

Joachim Raschke/Ralf Tils

## Die krummen Wege und der Stolpergang

### Strategien für den Regierungswechsel

*Man kann bisher nicht sagen, dass der anlaufende Bundestagswahlkampf die Menschen elektrisiert. Es herrscht gelangweiltes Halbinteresse. Man stochert im Nebel. Dabei wird es im Bundestagswahljahr darum gehen, die richtige Anlage für eine erfolgreiche Kampagne zu finden. Ein Blick in die Geschichte zeigt, worauf es für einen Machtwechsel ankommt.*

#### Joachim Raschke

(\*1938) lehrte als Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und ist heute in der Agentur für Politische Strategie (APOS) tätig.

raschke@politischestrategie.de



URS KLUYVER

#### Ralf Tils

(\* 1970) lehrt Politikwissenschaft an den Universitäten Bremen und Lüneburg. Er arbeitet in der Agentur für Politische Strategie (APOS).

tils@politischestrategie.de



klaren Veränderung der Politik verbunden wird. Das Gleiche wird auch »Richtungswahl« genannt. Akteursbezogen formuliert entspricht das am ehesten dem Konzept einer *high profile strategy*. Den Wahlkampf so anzulegen, erscheint auf den ersten Blick plausibel: Nur die große Alternative lohnt die Mobilisierung, um eine Regierung aus dem Amt zu jagen.

Schaut man in die Geschichte, zeigt sich jedoch, dass die große Alternative, die konfrontative Opposition, die harte Richtungswahl *nicht* die bewährten Mittel sind, um eine Regierung zu knacken. Aber auch Anpassungswahlen, bei der die Richtungsdifferenz zum Gegner klein gehalten wird (*low profile strategy*), führten die sozialdemokratische Opposition nicht zum Erfolg.

Die SPD-Tradition hält für ihre Oppositionsrolle drei Linien bereit: fehlgesteuerte Richtungswahlen (1949, 1953, 1990), ausgesprochene Anpassungswahlen (1961, 1965, 1987) sowie Wahlen ohne klare Konturen (1957, 1983, 1994). Die erfolgreiche Linie von Richtungswahlen bezieht sich auf 1969/1972 und 1998/2002. Sie macht vor allem eines deutlich: Erfolgreiche Richtungswahlkämpfe brauchen einen starken gesellschaftlichen Resonanzboden. Ihre Themen müssen, egal wie die inhaltlichen Präferenzen sonst verteilt sind, breite Zustimmung finden. Deswegen hat die SPD 1949 und 1990 verloren, 1969 und 1998 gewonnen.

Es lohnt, sich den Charakter erfolgreicher Machtwechsel (1969, 1998) genauer

**A**us Sicht der Wähler erscheint die Politik unklar, ungewiss und unehrlich. Zudem haben viele das Gefühl, die Wahl sei irgendwie schon gelaufen. Dabei ist noch alles offen. Für die Parteien ergibt sich in dieser Gemengelage die Aufgabe, Stellung zu beziehen und klare Ansagen zu machen, damit die Menschen wissen, dass es etwas zu entscheiden gibt und worüber sie entscheiden können. Aus Sicht der sozialdemokratischen Opposition geht es um Möglichkeiten eines nicht nur »halben« Regierungswechsels.

Um die Aufgabe der Oppositionsparteien des Mitte-Links-Spektrums zu beschreiben, hat sich der Begriff »Macht- und Politikwechsel« eingebürgert. Machtwechsel taugt nichts, wenn er nicht mit einer

anzusehen. Jene waren nicht die großen Richtungswahlen, diese haben erst anschließend stattgefunden: 1972 und 2002 (»nachholende Richtungswahlen«). Charakteristischer als die große Konfrontation war für den »eigentlichen« Regierungswechsel das Aufzeigen einer Alternative, verbunden mit Kontinuität. Der Umweg also, um dann zur Sache zu kommen. Etappensiege, nicht die Inszenierung einer großen Schlacht. Zugespitzt: erst Macht-, dann Richtungswechsel. Wenn man weiß, wohin man will, kann es klug sein, die Wahl zum Machtwechsel nicht zu überfrachten.

1969 gelang Willy Brandt ein Machtwechsel aus der »Opposition in der Regierung« (als Juniorpartner einer Großen Koalition) ohne harten Angriffswahlkampf. Die direkte Zuspitzung bestand nicht in einem programmatisch ausformulierten Macht- und Richtungswechsel, sondern in einer eher beiläufigen Frage für Wirtschaftsexperten: Auf- oder Abwertung der D-Mark. Kulturelle Erneuerung nach 20 Jahren CDU-Staat, neue Ostpolitik und Demokratisierung waren die Hintergrundversprechen – programmatisch noch nicht wirklich präzisiert, aber als »Wind des Wandels« wirksam. Die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten durch SPD und FDP sechs Monate vor der Bundestagswahl galt als Vorbote eines möglichen Machtwechsels. Die nachholende, voll entfaltete Richtungswahl 1972, bei der dann keine Zweifel mehr möglich waren, fand aus der Regierung heraus statt.

Nicht alle wollten 1969 einen Machtwechsel. Im Gegenteil, besonders einflussreiche Genossen wie Herbert Wehner und Helmut Schmidt wollten ihn erklärtermaßen nicht. Wie sollte man da als Wähler mit der Aufkündigung der Großen Koalition rechnen? Das Programm der neuen Koalition musste erst nach der Wahl geschrieben werden, es war vorher weder bei der FDP noch bei der SPD nachzulesen. Entscheidend wurde, dass einer, der als Parteivorsitzender und Spitzenkandidat die Richtung

bestimmen konnte, einen festen Willen hatte, den Sprung zu wagen: Willy Brandt.

Auch 1998 lag ein großer Schleier über dem, was erst nachträglich die Eindeutigkeit von Macht- und Politikwechsel annahm. Der Spitzenkandidat Schröder wollte statt der rot-grünen eigentlich lieber die Große Koalition. Damals schaffte es die von der Kampa gesteuerte SPD, Signale in beide Richtungen zu senden. Einerseits wollte man nicht alles anders, sondern »nur« vieles besser machen. Andererseits arbeitete die Partei klare inhaltliche Unterschiede heraus – so z.B. mit der sogenannten »Garantiekarte«, auf der u.a. die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mittels eines Bündnisses für Arbeit und die Rücknahme der Kohlschen Sozialreformen vermerkt waren. Wie Anfang der 70er Jahre bedurfte es einer nachholenden Richtungswahl (2002), um den die Richtung tatsächlich verändernden Machtwechsel von 1998 zu bestätigen.

Zwischen »low« und »high« gibt es die »mittlere« Profilstrategie. Sie will nicht alles anders, aber einiges anders und vieles besser machen. Sie hat sich bei den beiden »historischen« Machtwechseln bewährt. Notwendig ist dafür vor allem dreierlei: günstige Grundstimmung, passende Botschaft, mobilisierungsfähige Führung.

### **Günstige Grundstimmung**

Der Wunsch nach Modernisierung und Demokratisierung war 1969 geeignet, die Grundstimmung zu charakterisieren. 1998 beschäftigten die Defizite sozialer Gerechtigkeit und der Reformstau die Menschen. Schwieriger ist es, die heutige Grundstimmung zu beschreiben. Ist es so etwas wie »sorgenvolle Zufriedenheit«? Die materielle Zufriedenheit einer Mehrheit der Wähler ist messbar. Worüber aber sind sie gleichzeitig besorgt?

Sie haben die Nase voll von zu viel Modernisierung – Agenda-Politik, Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Turbo-

Abitur an den Schulen. Die Menschen sind besorgt über Sicherheitsfragen, kristallisiert im Euro: die eigenen Einlagen, das Zeche-Zahlen für die Südländer, das dicke Ende der Euro-Politik. Die Bürger machen sich Sorgen über die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, unkontrollierte Banken, soziale Abstiegsprozesse, die vielen Gerechtigkeitslücken. Auch über den Zustand der Demokratie sind sie besorgt: deren Schwäche gegenüber »den Märkten«, der Lobbymacht, der zunehmenden Auflösung von Demokratie in Symbolik. Die Liste der Sorgen ist lang. Die der Widersprüche auch: Wohlstandsgefühl, aber Euro-Ängste. Ungerechtigkeitsgefühl, aber wenig Unterschichtensolidarität. Wünsche nach Veränderung, aber ohne Kampf.

Wie verändert man das Verhältnis zwischen Zufriedenheit und Sorgen? Wie macht man aus diffusen benennbare, thematisierbare, abstellbare Sorgen? Wie erzeugt man die Grundstimmung mit, die einen dann trägt? Dafür muss die Opposition eine Antwort finden.

### **Passende Botschaft**

Die SPD-Kompetenz für soziale Gerechtigkeit war 1969 unangefochten. Es kam auf die Erweiterungen an. »Wir schaffen das moderne Deutschland« traf den Nerv der Zeit, das Bedürfnis nach Aufbruch, Veränderung, nach Verlassen des scheinbar nicht enden wollenden CDU-Staats. Fortschritte beim Sozialen und Demokratischen gaben der Modernisierung die Richtung an.

1998 waren die Verkrustungen von 16 Jahren Kohl zu überwinden. »Innovation und Gerechtigkeit« war die treffende Formel, wobei Innovation eher auf dynamische Wirtschaft begrenzt blieb, aber im Gleichgewicht zu sozialer Gerechtigkeit gedacht wurde. Tatsächlich haben die einen mehr Innovation, die anderen mehr Gerechtigkeit gehört und gewollt – beide Elemente aber waren, mit Ausstrahlung in

den jeweils anderen Bereich, gut personalisiert.

2013 muss die Botschaft der SPD zu Grundstimmung, Themen und Gegner passen. Da schon die Grundstimmung zwiespältig ist, ist auch der Weg zu einer passenden Botschaft nicht einfach. Thematisch sind, flankiert von ökonomischer Kompetenz, die eigenen Stärken in den Vordergrund zu rücken, die im sozialen und kulturellen Feld liegen. Die Unzufriedenheit der Menschen betrifft vor allem die Innenpolitik. Dort liegen auch die direkten Handlungsmöglichkeiten der Opposition. Die Aufmerksamkeit aber gehört der Euro-Politik. Die Wahl wird über der Frage entschieden, ob es der Opposition gelingt, die-sen Widerspruch aufzulösen. Gegenüber der Kanzlerin geht es um das Durchkreuzen ihrer Entpolitisierungsstrategie, ohne in die Falle der Polarisierung zu tappen.

### **Mobilisierende Führung**

Eine Spitze mit Vielfalt, nicht stromlinienförmige Ein-Mann-Führung war 1969 das personelle Erfolgsrezept, für das Willy Brandt – zusammen mit Helmut Schmidt, Herbert Wehner (die damalige Troika) und einer Mannschaft – stand. 1998 war es die Doppelspitze von Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, die noch einmal ein erhebliches Wählerspektrum mobilisierte (40,9%) – auch wenn der Schein trog.

Seit dem Glücksfall von Willy Brandt 1972 gibt es sie nicht mehr, die Gesamtvertretung der SPD durch eine Person. Klug organisierte Vielfalt mit einem strategischen Zentrum als Steuerungspool ist seitdem eine Grundbedingung für sozialdemokratische Erfolge. Die Führung ist heute nicht mehr so breit wie 1969. Aber im Vergleich zu Angela Merkel, die bei der CDU allein übrig geblieben ist, kann die SPD immer noch von einer Mobilisierungsvielfalt an der Spitze profitieren.

Die Bundestagswahl 2013 soll zu einer Entscheidung führen: Schwarz-Gelb oder Rot-Grün. Mitte-Rechts oder Mitte-Links. Es droht die Gefahr, dass die Wahl zu einer Nicht-Entscheidung wird. Das Drohwort heißt Große Koalition. Die aber wäre eine Regierung des bloßen Übergangs, bei der die Entscheidung über fortbestehende politische Alternativen aufgeschoben bliebe. Für die SPD wäre es ein unfriedliches Bündnis wider Willen, aus dem sie kaum als Siegerin hervorgehen kann. Nach innen würde die Nach-Steinbrück-SPD in ei-

ner solchen Koalition eine Phase von Richtungs- und Machtkämpfen durchleben, bei der es um die Neudefinition der eigenen kollektiven Identität ginge. Nach außen würde die Suche nach anderen Koalitionsmöglichkeiten beginnen – die SPD zerrissen zwischen einer Ampel mit einer erneuerten FDP und einem Linksbündnis mit einer erneuerten Linkspartei. Weder der Gesellschaft noch der SPD ist eine Große Koalition zu wünschen. Es gibt gute Gründe, alle Kraft in ein Jahr der Entscheidung zu stecken. ■

Ralf Hexel

## Wohin führt Shelly Yacimovich die wiedererstarkte Arbeitspartei?

Vor den Neuwahlen in Israel

*Im Januar finden Parlamentswahlen in Israel statt. Wie groß sind die Chancen der israelischen Arbeitspartei, die sich noch vor kurzem in der tiefsten Krise ihrer Existenz befand? Mit ihrer neuen Vorsitzenden scheint sie personell und inhaltlich auf einem erfolgreicherem Weg zu sein als in der jüngeren Vergangenheit.*

Wenn am 22.01.2013 in Israel vorgezogene Neuwahlen stattfinden, hat die sozialdemokratische Arbeitspartei sehr gute Chancen, hinter dem rechten Wahlbündnis Likud-Yisrael Beitenu von Premier Netanyahu und Außenminister Lieberman zweitstärkste politische Kraft zu werden. Umfragen sagen der Partei, die derzeit nur mit acht Abgeordneten in der 120 Parlamentarier umfassenden Knesset vertreten ist, regelmäßig ca. 20 Mandate voraus. Die Arbeitspartei hat die schlimmste Krise ihrer Existenz offenbar überwunden. Die alte Stärke – unter Yitzhak Rabin hatte sie 1992 noch 44 Mandate errungen – wird sie nicht mehr zurückerlangen, jedoch spielt sie wieder eine zentrale Rolle in der israelischen Politik.

Das Profil der Partei wurde seit der Ermordung Yitzhak Rabins im Jahr 1995 maßgeblich von Shimon Peres und Ehud Barak



Ralf Hexel

(\*1957) leitet seit 2008 das FES-Büro in Herzliya/Israel.

Ralf.Hexel@fes.org.il

geprägt. Unter ihrer Führung geriet die Arbeitspartei in die schwerste Krise seit ihrer Gründung im Jahr 1930. Amos Oz kam deshalb im November 2008 zu dem Schluss, dass die Arbeitspartei ihre Mission erfüllt habe und Israel eine neue sozialdemokratische Bewegung benötige.

Die wichtigsten Ursachen für diese Krise waren:

Erstens: Seit der Wahlniederlage Ehud Baraks 2001 beteiligte sich die Partei immer